

Die Schließung der OSZE-Unterstützungsgruppe in Tschetschenien: Prüfstein für die OSZE?

Die Arbeit der OSZE-Unterstützungsgruppe in Tschetschenien wurde am 31. Dezember 2002 eingestellt, ihr Mandat endete um Mitternacht. In letzter Minute unternommene Bemühungen, das Mandat noch um einen Monat zu verlängern, waren vergebens; die geplante letzte Sitzung des Ständigen Rates der OSZE im Jahr 2002, die einzig und allein zu diesem Zweck für den Nachmittag des 31. Dezember anberaumt worden war, wurde kurzerhand abgesagt. Russland akzeptierte die vorgeschlagene einmonatige Verlängerung nicht.

Ohne gültiges Mandat musste die Gruppe all ihre politischen Aktivitäten unverzüglich einstellen. Für die technische Abwicklung wurde jedoch eine Frist bis zum 21. März 2003 eingeräumt. Russland hatte im letzten Moment verlangt, die zunächst für die Schließung vereinbarten drei Monate um eine Woche zu verkürzen. Am 5. März, also weit vor der vorgegebenen Zeit – und auch noch lange vor dem Tag, an dem das Referendum über eine neue Verfassung für Tschetschenien durchgeführt werden sollte, dem 23. März 2003 – wurde das Büro der Unterstützungsgruppe in Snamenskoje im Nordwesten Tschetscheniens endgültig geschlossen.

Die Medienberichte zur Schließung der Unterstützungsgruppe waren größtenteils unpräzise: Wir wurden nicht „rausgeworfen“, um es einmal so zu nennen. Auch wenn es dem einen oder anderen Leser etwas weitschweifig erscheinen mag, kann ich nicht umhin, meine Version der Geschichte in vollem Umfang zu erzählen. Zunächst jedoch ein kurzer Rückblick auf das Mandat der Unterstützungsgruppe.

Das Mandat von 1995 hielt bis Ende 2002: Was geschah in diesen sieben Jahren?

Das ursprüngliche Mandat der Unterstützungsgruppe war bereits am 11. April 1995 – unter völlig anderen Umständen – formuliert worden. Zu jener Zeit waren die tatsächlichen Protagonisten des Konflikts die Regierung der tschetschenischen Republik Itschkeria und der Kreml. Von der Unterstützungsgruppe wurde nicht nur inoffiziell erwartet, zwischen ihnen zu vermitteln, sie wurde auch *de facto* dazu ermutigt. Die Ansichten über den völkerrechtlichen Status der Republik Itschkeria gingen jedoch weit auseinander. Sie hatte bereits 1991 ihre völlige Unabhängigkeit erklärt. Von der russischen Regierung war diese jedoch nie richtig anerkannt worden, weder zu dem Zeitpunkt, als das Mandat der Unterstützungsgruppe formuliert wurde, noch zu einem spä-

teren Zeitpunkt, trotz einiger Zugeständnisse im Abkommen von Chassawjurt vom 31. August 1996, mit dem der Feldzug von 1994-1995 beendet wurde, und in dem in sich etwas widersprüchlichen Moskauer Friedensvertrag vom 12. Mai 1997. Auch die internationale Gemeinschaft hat sich nie für etwas anderes als die uneingeschränkte Achtung der territorialen Integrität Russlands ausgesprochen. Kein souveräner Staat (mit Ausnahme Afghanistans unter der Herrschaft der Taliban) und keine maßgebliche internationale Organisation (wie z.B. die Vereinten Nationen) haben jemals die Unabhängigkeit der Regierung der Republik Itschkeria anerkannt.

Die kontroversen Vorstellungen von der Situation gingen geschickt miteinander verknüpft in den Mandatstext ein.¹ Entsprechend dem Mandat sollte die Unterstützungsgruppe im Einvernehmen mit den russischen Behörden und in voller Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften der Russischen Föderation vorgehen. Sie hatte u.a. die Aufgabe, die Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten zu fördern sowie den Tatbestand im Falle von Verstößen festzustellen, an der Weiterentwicklung demokratischer Institutionen und Prozesse, einschließlich der Wiedereinsetzung der örtlichen Behörden, mitzuwirken sowie bei der Ausarbeitung möglicher neuer verfassungsrechtlicher Vereinbarungen und bei der Abhaltung und Überwachung von Wahlen Hilfestellung zu leisten. Zu ihrem Repertoire gehörte auch die Förderung von Recht und Ordnung sowie von Rechtsstaatlichkeit.

Laut Mandat war die Gruppe befugt, Kontakte mit Vertretern der Zivilbevölkerung und des Militärs aufzunehmen und freien Umgang mit einzelnen Bürgern oder Gruppen von Bürgern zu pflegen. Darüber hinaus wurde von ihr erwartet, dass sie sich im Bereich humanitärer Hilfe ebenso engagiert wie bei der Rückführung von Flüchtlingen und Vertriebenen.

Zu ihren Aufgaben gehörten aber auch die „Förderung der friedlichen Regelung der Krise und der Stabilisierung der Lage in der tschetschenischen Republik im Einklang mit dem Prinzip der territorialen Integrität der Russischen Föderation und in Übereinstimmung mit den OSZE-Prinzipien und gegebenenfalls Fortsetzung des Dialogs und der Verhandlungen durch die Teilnahme an ‚Gesprächen am runden Tisch‘ im Hinblick auf die Herbeiführung einer Feuerinsstellung und die Beseitigung der Spannungsursachen“.²

Zur Erfüllung ihrer Aufgaben wurden der Gruppe Freizügigkeit, sechs Mitglieder einschließlich des Missionsleiters, Sicherheitsvorkehrungen, Haushaltsmittel und ein internationaler Rechtsstatus gemäß den Beschlüssen des Ratstreffens von Rom bezüglich der Mitglieder von OSZE-Missionen, die von den zuständigen OSZE-Gremien eingesetzt wurden,³ zugesichert.

1 OSZE, Ständiger Rat, Beschluss Nr. 35, PC.DEC/35, 11. April 1995. Vgl. auch die Ausführungen meines geschätzten Vorgängers, Botschafter Alfred Missong, im OSZE-Jahrbuch 2001.

2 OSZE, Ständiger Rat, Beschluss Nr. 35, a.a.O. (Anm. 1), S. 1-2.

3 KSZE, Viertes Treffen des Rates, Rom 1993, Rechtsfähigkeit, Vorrechte und Immunitäten, CSCE/4-C/Dec.2, Rom, 1. Dezember 1993.

In Wahrheit ist der Status gemäß den Beschlüssen von Rom eher vage und überschattet die Arbeit vieler Feldmissionen der OSZE erheblich. Allerdings ist das ein grundsätzliches Problem, für das nicht ein einzelnes Gastland verantwortlich gemacht werden kann. Wie andere OSZE-Feldmissionen auch verfügte die Unterstützungsgruppe nicht über eine eigene juristische Identität im Gastland. Sie konnte kein eigenes Bankkonto eröffnen und ihre gepanzerten Fahrzeuge waren behelfsmäßig als Privateigentum der Missionsmitglieder ins Land gebracht worden, die auf den Diplomatenlisten der Botschaften ihrer Heimatländer in Moskau geführt wurden. Dem Verfasser dieses Beitrags wurde beispielsweise die Ehre zuteil, auf der Liste der portugiesischen Diplomaten in Moskau zu stehen, obwohl er finnischer Staatsbürger ist. Unseren diplomatischen Status verdankten wir unserer jeweiligen Staatsbürgerschaft, nicht unserer tatsächlichen Funktion.

Man sollte sich noch einmal vor Augen führen, dass das Mandat von Beginn an die territoriale Integrität Russlands uneingeschränkt akzeptiert hat. Andererseits ließ es mit der Idee der „runden Tische“, wenn auch reichlich vage, Raum für einen freien Meinungs austausch.

Das Mandat wurde ohne Änderung in der Istanbul er G ipfelerklärung vom 19. November 1999 bestätigt.⁴ Die Teilnehmer des Gipfeltreffens erklären dort ebenfalls, dass sie „die territoriale Integrität der Russischen Föderation uneingeschränkt anerkennen und Terrorismus in jeder Form verurteilen“.⁵ In dem Text wird auch die Notwendigkeit hervorgehoben, die OSZE-Normen zu achten.

Die Unterstützungsgruppe hatte Grosny bereits am 16. Dezember 1998 verlassen müssen, da sich die Sicherheitslage drastisch verschlechtert hatte. Sie ging nach Moskau. Nach einiger Zeit zogen sich selbst ihre einheimischen Mitarbeiter nach Inguschetien zurück.

Dennoch erschien die Diskussion über die Rückkehr der Unterstützungsgruppe nach Tschetschenien bereits mit dem Beginn des russischen Militäreinsatzes in Tschetschenien im September 1999 wieder auf der Tagesordnung. Ein Nebeneffekt des Istanbul er Gipfeltreffens war Russlands Einverständnis mit einer baldigen Rückkehr der Gruppe nach Tschetschenien. Tatsächlich konnte sie ihre Tätigkeit in Snamenskoje, einem Ort im Nordwesten Tschetscheniens, am 15. Juni 2001 – während des rumänischen OSZE-Vorsitzes – wieder aufnehmen.

Die russische Regierung hatte bereits am 13. März 1997 klar gemacht, dass sie das politische Mandat der Unterstützungsgruppe für erfüllt hielt. Dennoch und unter einigem politischen Druck akzeptierte sie nun das Ergebnis des Istanbul er Gipfels. Danach aber änderte sich die Situation erneut. Mit dem Feldzug in den Jahren 1999 bis 2000 und unter Einsatz massiver militärischer

4 Vgl. Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, Gipfelerklärung von Istanbul, Istanbul, November 1999, in: Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg/IFSH (Hrsg.), OSZE-Jahrbuch 2000, Baden-Baden 2000, S. 441-454, hier: S. 448.

5 Ebenda.

Gewalt war es den Truppen der Föderation gelungen, das Maschadow-Regime aus Grosny zu vertreiben. Die russische Regierung schien gegen Ende des Jahres 2001 davon überzeugt zu sein, sie habe das Mandatsproblem damit endgültig gelöst. Von dem Zeitpunkt an war sie nicht mehr bereit, das Mandat jeweils *ad hoc* zu verlängern. So beschloss der Ständige Rat auf Drängen Russlands am 21. Dezember 2001, das Mandat der OSZE-Unterstützungsgruppe in Tschetschenien nur noch um ein Jahr bis zum 31. Dezember 2002 zu verlängern.

Die russische Delegation verlangte darüber hinaus, dass dem Beschluss eine gesonderte Erklärung beigefügt wird. In ihr machte die russische Seite geltend, dass sich die Situation in der Tschetschenischen Republik seit der Annahme des Mandats der Unterstutzungsgruppe grundlegend verändert habe. Aus russischer Sicht war die politische Komponente des Mandats inzwischen zur Gänze erfüllt. Die russische Seite hob außerdem hervor, dass die Unterstutzungsgruppe eng mit der russischen Zentralregierung und der örtlichen Verwaltung Tschetscheniens zusammenarbeiten müsse. Die Arbeit der Gruppe müsse sich nun auf humanitäre Hilfe für die Bevölkerung und Hilfestellung bei der Rückkehr der Vertriebenen konzentrieren.⁶

Die Frage des Mandats: Entwicklungen und Verhandlungen 2002-2003

Das Mandat musste nunmehr also jährlich neu verhandelt werden; damit war das Gelände für jegliche zukünftige Diskussionen über das Thema bereits entsprechend vermint. Als Portugal als angehender Amtierender Vorsitz mich – einen Finnen, nicht einen Portugiesen – im Oktober 2001 für den Posten des Leiters der Unterstutzungsgruppe vorschlug, dauerte es eine ganze Weile, bis die russische Regierung diesem Vorschlag zustimmte. Es bedurfte noch einiger weiterer Klärungen, bis das Mandat um ein Jahr verlängert werden konnte, im Januar 2002 erfolgte dann jedoch die Zustimmung.

Noch Mitte des Jahres 2002 teilte mir ein einflussreicher Vertreter des russischen Außenministeriums mit, dass „der neue niederländische Vorsitz [des Jahres 2003, der Verf.] bis Ende 2003 wahrscheinlich noch normal verfahren wird, das Referendum über die neue Verfassung Ende des Jahres die Situation für das Jahr 2004 dann jedoch verändern wird“. Anfang Herbst 2002 änderten die Regierung der Russischen Föderation und die tschetschenische Verwaltung ihre Meinung jedoch und beschlossen – trotz heftiger Kritik – das Referendum bereits im März 2003 durchzuführen. Wahrscheinlich wollten sie damit nur demonstrieren, wie sehr sich die Lage bereits „normalisiert“ hatte – und eine OSZE-Mission hätte dabei nicht so recht ins Bild gepasst.

6 Vgl. Interpretative Erklärung gemäß Absatz 79 (Kapitel 6) der Schlussempfehlungen der Helsinki-Konsultationen, in: OSZE, Ständiger Rat, Beschluss Nr. 454, Verlängerung des Mandats der Unterstutzungsgruppe der OSZE in Tschetschenien, PC.DEC/454, 21. Dezember 2001.

Dieser Beschluss war bereits vor der Geiselnahme durch Terroristen im Moskauer Dubrowka-Theater im Oktober 2002 und dem Sprengstoffanschlag auf das Verwaltungsgebäude in Grosny im Dezember 2002 erfolgt. Anders als vermutlich von den Terroristen beabsichtigt führten diese beiden Aktionen erst recht dazu, dass der Termin für das Referendum unwiderruflich festgelegt wurde. Eine Verschiebung des Referendums auf einen späteren Zeitpunkt hätte die Terroristen nur motiviert. Sie kam daher überhaupt nicht in Frage.

Am 29. November 2002 schlug der portugiesische OSZE-Vorsitzende in Wien routinemäßig die Verlängerung des Mandats der Unterstützungsgruppe um ein Jahr vor.⁷ Kurz zuvor, am 20. November 2002, hatte Russland jedoch bereits den inoffiziellen Entwurf eines Mandatstextes in Umlauf gebracht, der wieder einmal zum Ziel hatte, die Aktivitäten der Unterstützungsgruppe auf lediglich humanitäre Arbeit in enger Kooperation mit der gastgebenden Regierung zu reduzieren. Die Mehrzahl der übrigen Teilnehmerstaaten lehnte den Entwurf ab. Sie waren zwar durchaus bereit, selbst weit reichende Veränderungen des Mandatstextes zu akzeptieren, bestanden jedoch kategorisch auf der Beibehaltung der politischen Berichterstattung durch die Gruppe und ihrer Aufgabe, zur Rechtsstaatlichkeit und Verbesserung der Menschenrechte in der Region beizutragen und demokratische Institutionen aufzubauen. Portugal versuchte noch zu einer Einigung mit dem Gastland zu gelangen, die Differenzen waren jedoch nicht zu überbrücken.

Auf dem Ministerratstreffen von Porto am 6. und 7. Dezember 2002 wurden die intensiven Verhandlungen fortgesetzt, doch auch hier konnte kein Durchbruch erzielt werden. Nie zuvor habe ich eine solche Szene wie gegen Ende des Treffens im alten Zollhaus von Porto, der Alfândega, gesehen, als sich Botschafter und einige Außenminister im Hauptkorridor wild gestikulierend zu einem lebhaften Meinungs austausch – wie auf einer russischen „*tolkutschka*“ – zusammengefunden hatten und u.a. versuchten, das Problem des Mandats für die Unterstützungsgruppe zu lösen. Nach mehreren Stunden mussten sie ihr fruchtloses Unterfangen aufgeben. Auch gleichzeitige Bemühungen, politische Unterstützung auf der Ebene der Staatschefs zu mobilisieren, hatten nur wenig Einfluss auf die Lage.

Nach dem Jahreswechsel gab sich der neue niederländische Amtierende Vorsitzende noch einmal große Mühe, einen Kompromiss zu finden, der die Rückkehr der Unterstützungsgruppe nach Tschetschenien ermöglicht hätte. Aber auch diese Bemühungen führten zu keinerlei Zugeständnissen von russischer Seite.

7 Vgl. PC.DD/50/02.

*Warum konnte der Ständige Rat sich nicht auf ein Mandat einigen?
Wurden wir „rausgeworfen“?*

Warum wollte Russland die Anwesenheit der Gruppe beenden oder sie zumindest zu einem weiteren passiven Zuschauer der politischen Entwicklungen in Tschetschenien machen? Einer der Beweggründe ist offenbar die vorerst relativ kurzer Zeit erfolgte Schließung der OSZE-Missionen in den baltischen Staaten, gegen die Russland zahlreiche Einwände hervorgebracht hatte. Nun drehte es den Spieß um: Wenn die Missionen von dort abgezogen werden mussten, warum dann nicht auch aus Russland? Außerdem gab es zur selben Zeit akute Probleme wegen der OSZE-Mission in Belarus.

Sowohl in Wien als auch in Moskau teilten mir russische Kollegen mit, ihre Regierung wolle das gesamte Regelwerk für die OSZE-Feldmissionen modifizieren. Sie sollten fortan in enger Übereinstimmung mit dem Gastland maßgeschneidert werden, „damit sie nicht für politische Zwecke, die gegen das Gastland gerichtet sind, benutzt werden können“. Für mich persönlich heißt das, dass sich nun auch Russland die subjektive Vorstellung zu Eigen gemacht hat, eine Feldmission sei ein „Stigma“ für das Gastland.

Erwähnt sei noch, dass selbst bei dieser neuen politischen Kehrtwendung weder die Arbeit der Gruppe noch meine eigene Rolle auch nur im geringsten kritisiert wurden. Es wäre ein Leichtes gewesen, uns als Sündenböcke für Änderungen am Mandat erhalten zu lassen. Wir hatten nie damit aufgehört, die Behörden zu kritisieren, auch wenn man uns dazu aufforderte. Im Gegenteil – wir erhielten von der russischen Regierung viel Anerkennung für unsere Arbeit, sowohl öffentlich als auch persönlich. Allerdings geschah das nicht ganz unerwartet, da wir in der Tat stets äußerst sorgfältig darum bemüht waren, unser Mandat wortgetreu zu befolgen. Kritik kam allerdings aus bestimmten Kreisen, die nach wie vor an der Legitimität und somit auch an der Unabhängigkeit des Maschadow-Regimes festhielten oder mit ihm sympathisierten. Offensichtlich verstanden sie nicht, was wir taten – und was wir unmöglich tun konnten. In der Frage der territorialen Integrität ging jedenfalls nichts mehr.

War es wirklich ein Prüfstein? Hat die OSZE im Nordkaukasus eine Zukunft?

Die Unterstützungsgruppe verschwand aus eben jenen Gründen, die ich oben im Nachhinein zu erläutern versucht habe. Das heißt jedoch nicht, dass die OSZE keine Chance mehr hätte, in die Region zurückzukehren. Es gibt dort noch viel zu tun. Wenn es keine Feldmission mehr gibt, die allein durch ihre Existenz darauf aufmerksam macht, dass das Gastland ein Problem hat, könnte es stattdessen vielleicht eine andere Form der Präsenz der OSZE – oder des BDIMR – vor Ort in Tschetschenien geben, sogar mit beachtlichem Handlungsspielraum. Auch die Vereinten Nationen oder z.B. das Internatio-

nale Komitee vom Roten Kreuz (IKRK) unterhalten große Büros in der Region. Sie stigmatisieren niemanden. Und außerdem ist natürlich anzumerken, dass auch die Feldmissionen im Südkaukasus, in den Balkanstaaten oder in den zentralasiatischen Republiken ihre Gastgeberländer nicht stigmatisieren. Sie werden im Gegenteil als ein Anzeichen für Fortschritt wahrgenommen. Sollte es eine solche OSZE/BDIMR-Vertretung jemals geben, sollte sie an Ort und Stelle in Tschetschenien eingerichtet werden und nicht z.B. in Inguschetien, um so die Arbeit anderer Akteure in der Region sinnvoll ergänzen zu können. Zurzeit ist die Sicherheitslage in Tschetschenien allerdings besonders heikel. Nach den Anschlägen im Frühjahr 2003 (dem Sprengstoffanschlag in Snamenskoje auf das Gebäude der örtlichen Zentrale des Geheimdienstes FSB und dem Bombenattentat auf die vollbesetzte Volksversammlung im Bezirk Gudermes) hat auch der Europarat seine Experten aus Tschetschenien abgezogen.

Trotz dieser Erwägungen kehre ich an dieser Stelle zu der Frage zurück, die im Titel dieses Beitrags enthalten ist, nämlich, ob die Schließung der OSZE-Unterstützungsgruppe in Tschetschenien ein Prüfstein für die OSZE war. Vielleicht war sie das – allgemein betrachtet – wirklich; das gilt jedoch nicht zwangsläufig für ihre Anwesenheit im Nordkaukasus, wo es noch viel zu tun gibt. Eine erneute Präsenz wäre letztlich sowohl für die Tschetschenen als auch für Russland von großem Nutzen. Im zweiten Teil meines Beitrags werde ich versuchen, dies zu erläutern.

In welchem Umfeld waren wir tätig?

Im Folgenden werde ich mich nun auf die Zeit nach der Rückkehr der Unterstützungsgruppe von Moskau nach Snamenskoje am 15. Juni 2001 konzentrieren. Der Einsatz der Gruppe in den Jahren zuvor wird als ruhmreiche Leistung in Erinnerung bleiben, ist nun aber definitiv Geschichte.

Bisher habe ich versucht, dem Leser den genauen juristischen Hintergrund unserer Arbeit zu vermitteln. In der Praxis habe ich jedoch gelegentliche Fragen danach, ob dies oder jenes sich im Rahmen unseres Mandats bewege, stets damit beantwortet, dass wir als Feldmission solche komplizierten Haarspaltereien lieber berufeneren Kreisen um den Ständigen Rat in Wien überließen. Unser eigenes Interesse, pflegte ich zu sagen, gelte stärker den praktischen Tätigkeiten. Natürlich war das eine etwas ausweichende Antwort; erstaunlicherweise wurde sie jedoch von allen meinen Gesprächspartnern akzeptiert. Was wirklich zählte, war die Tatsache, dass wir nach freiem Ermessen umherreisten, dem Amtierenden Vorsitzenden und dem Sekretariat das berichteten, was wir für wahr hielten, und die Schwerpunkte unserer Arbeit selbst festlegten.

Mit der Unterstützungsgruppe war die OSZE die einzige internationale Organisation, deren internationale Vertreter sich in der Tschetschenischen Repu-

blik aufhielten. Wir lebten und arbeiteten in Snamenskoje im Nordwesten Tschetscheniens, von wo aus wir Grosny in nur wenig mehr als einer Stunde und z.B. Gudermes in weniger als zwei Stunden erreichen konnten.

Ich machte die Erfahrung, dass viele Einheimische doch ziemlich überrascht waren, dass Fremde („*zamorskie*“) sich unter den Leuten bewegten und sogar untereinander Russisch sprachen, wie wir es taten. Die meisten anderen waren völlig von ihren Dolmetschern abhängig – und gedolmetschte Treffen waren im Allgemeinen sehr schwerfällig.

Die Sicherheitsvorkehrungen hinderten uns selbst wenn sie so massiv waren wie die zu unserem Schutz abgestellten Spezialkräfte des Justizministeriums ebenfalls nicht daran, uns frei zu bewegen. Den meisten von ihnen war bewusst, was wir zu tun versuchten, und sie zeigten oftmals sogar ein persönliches positives Interesse an unseren humanitären Aufgaben. In Tschetschenien braucht jeder Personenschutz. Wer das in den Wind schlägt, riskiert sein Leben. Manch einer wurde ermordet, so wie unser Nachbar im Bezirk Nadteretschnyj (Oberer Terek), der dortige Verwaltungschef Achmed Gapurowitch Sawgajew, der schlicht und einfach nicht glaubte, dass er zum Ziel eines Anschlags werden könnte, oder entführt, wie mein holländischer Freund Arjan Erkel im Sommer 2002 in Machatschkala (Dagestan), der bis heute vermisst wird.

Die meisten Menschen freuten sich über unsere Anwesenheit. Wir waren stets von großer Sympathie umgeben. Auf der anderen Seite waren die Erwartungen manchmal etwas überzogen. Da wir nun einmal keine Wunder vollbringen konnten, waren einige von uns auch enttäuscht. Ich erklärte ihnen dann, dass wir keine Filmstars aus Hollywood seien, sondern Menschen, die selbst wissen und sich noch gut daran erinnern können, wie es ist, an regnerischen Herbsttagen Kartoffeln aus durchnässter Erde auszugraben. Das verstanden sie. Wir versuchten auch nicht, uns bei der Bevölkerung anzubiedern, indem wir unhaltbare Versprechungen machten oder die Saite billiger Sentimentalität anschlugen – trotz des Mitgefühls, das man persönlich für ihr entsetzliches Elend empfand.

Einige Bewohner der Notunterkünfte hatten sich – wie man zugeben muss – schon ein wenig „institutionalisiert“. Sie hatten sich ein bestimmtes Verhaltensmuster zu Eigen gemacht, das sich auch in den Berichten gelegentlicher Besucher wiederfindet. Sie nahmen es irgendwie als gegeben hin, dass es Hilfe gab. Es war nicht leicht, sie dazu zu bringen, sich zur Selbsthilfe zu organisieren. Beispielsweise klagten etliche darüber, dass es in ihrem Gebäude keine Betten gebe, anstatt sich aus dem reichlich vorhandenem Sperrholz selbst welche zu bauen. Bevor wir das Gebiet verließen, hatte ich sowohl mit Mitarbeitern der russischen Menschenrechtsorganisation Memorial als auch mit unserem einheimischen, für humanitäre Angelegenheiten zuständigen Mitarbeiter sehr interessante Diskussionen darüber, wie man sie dazu bewegen könnte.

Was hat die Unterstüztungsgruppe im Jahr 2002 wirklich getan und erreicht?

Um einen Eindruck davon zu vermitteln, wie das Leben jenseits unserer Berichte wirklich aussah, habe ich die nachfolgende subjektive Liste erstellt, die vielleicht einen Einblick in das gibt, was wir eigentlich gemacht haben.

Zunächst einmal wollten wir in Tschetschenien Präsenz zeigen und hoffen, dass die Menschen erkennen würden, dass wir für sie da waren. Auch wollten wir wissen, was vor sich geht, und berichteten dem Amtierenden Vorsitzenden, dem Ständigen Rat und dem Sekretariat darüber. Wir reisten daher viel in Tschetschenien umher und hielten dies in unseren Berichten fest.

Zweitens stellten wir Arbeitskontakte mit den Behörden der Föderation und der tschetschenischen Verwaltung, auch auf lokaler Ebene, her. Wir nahmen ebenfalls Kontakt zu den wichtigsten nichtstaatlichen Organisationen in der Region wie z.B. Memorial sowie mit internationalen Organisationen wie z.B. den Vereinten Nationen bzw. dem Hohen Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen (UNHCR), dem Dänischen Flüchtlingsrat oder dem Internationalen Komitee vom Roten Kreuz auf und vereinbarten auch mit ihnen eine enge Zusammenarbeit.

Wahrscheinlich waren wir die Einzigen, die das verfassungsrechtliche Verfahren, das zur Durchführung des Referendums vom 23. März 2003 führte, von Anfang an verfolgt haben. Wir berichteten bereits im Sommer 2002 über dieses Vorhaben und waren die Ersten, die verschiedene Fassungen des Verfassungsentwurfs in Umlauf brachten, dessen endgültige Version wir uns am 14. Dezember 2002 in Gudermes besorgten. Die Entwürfe wurden von uns im Rahmen unserer Berichte analysiert; sie enthielten ursprünglich zahlreiche Elemente echter lokaler Selbstverwaltung. Meiner Meinung nach ist es sehr bedauerlich, dass die meisten davon aus der endgültigen Fassung, die dem Referendum zugrunde gelegt wurde, wieder entfernt wurden.

Wir unterhielten ebenfalls Kontakte zu den drei Universitäten in Grosny, die wie durch ein Wunder auch während des Konflikts lebendig geblieben sind und sich in ihren provisorischen Gebäuden weiterhin durchschlagen. An ihnen studieren mehr als 15.000 Studenten. Ein Verschwinden dieser Universitäten – aus welchen Gründen auch immer – würde den Untergang der tschetschenischen Sprache und letztlich auch des tschetschenischen Volkes bedeuten.

Wir haben auch versucht, Grundschulen und weiterführenden Schulen sowie rein kulturellen Zirkeln in Tschetschenien zu helfen, um so unsere Unterstützung für die lokale Kultur, einschließlich der Sprache, Nochtschi, zu demonstrieren. Wir nahmen auch Beziehungen mit der islamischen Gemeinde in Tschetschenien auf. Wegen der vielen Vorurteile auf westlicher Seite war das nicht einfach. So wurde z.B. unsere Bitte um Lehrmittel für den Sprachunterricht an der örtlichen Medresse (Koranschule) in Snamenskoje abgelehnt. Dies war sehr kurzfristig und obendrein ein Indiz für die Vorurteile potenzieller Geldgeber.

Wir nahmen Anzeigen über schwere Verbrechen und andere Gesetzesverstöße entgegen und leiteten sie weiter; außerdem versuchten wir der Bevölkerung dabei zu helfen, die örtliche Justiz in Anspruch zu nehmen. Die Ergebnisse waren leider kaum der Rede wert, in erster Linie aufgrund der völlig unzureichenden rechtsstaatlichen Verhältnisse in Tschetschenien.

Bereits im April 2002 sprachen wir die tschetschenische Zweigstelle des Föderalen Migrationsdienstes auf die internationalen Standards für die freiwillige Rückkehr von Binnenvertriebenen in Würde und Sicherheit an. Bei diesem Punkt waren wir ziemlich kritisch und arbeiteten eng mit den Vertretern der Vereinten Nationen in Russland und in der Region zusammen. Aufgrund unserer ständigen Anwesenheit vor Ort konnten wir die Tätigkeit der Behörden beobachten und stellten Nachforschungen über das weitere Schicksal derjenigen an, die in das Gebiet Grosny oder an andere Orte gebracht worden waren. – Aber obwohl wir in vieler Hinsicht dabei sogar die führende Organisation waren, konnten wir nicht viel gegen den Entschluss der Behörden ausrichten, die Vertriebenen dorthin zurückzuschicken, wo sie hergekommen waren. Unserer Ansicht nach war es dafür vielfach zu früh.

Die beiden letztgenannten Punkte – Rechtsstaatlichkeit und Vertriebene – lagen uns sehr am Herzen und waren fester Bestandteil unserer laufenden Berichterstattung.

Was konnten wir nicht erreichen?

Nachfolgend zähle ich nun auf, was wir andererseits *nicht* erreichen konnten. Wir konnten keinen Kontakt zu den bewaffneten Kämpfern herstellen (das hätte eine Verletzung geltenden russischen Rechts und unseres Mandats bedeutet und zu unserer sofortigen Ausweisung aus dem Gebiet geführt). Sie kontaktierten uns allerdings gelegentlich per Fax.

Auch konnten wir nicht zwischen den Parteien vermitteln. Russland war dagegen. Noch dazu gab es aber auch kaum „Parteien“, zwischen denen man hätte vermitteln können, so zersplittert wie heute sowohl Russen als auch Tschetschenen in ihren Ansichten sind. Stattdessen führte ich einige außerordentlich interessante Diskussionen über die politische Zukunft Tschetscheniens mit einigen ehemaligen Politikern aus der Zeit der Republik Itschkeria. In diesem Zusammenhang sei jedoch erwähnt, dass man im Allgemeinen gar nicht wissen konnte, wen der Gesprächspartner letztendlich vertrat. Dies ist übrigens bei allen persönlichen Kontakten in Tschetschenien ein großes Problem. Man muss daher stets sehr vorsichtig sein, da man nie weiß, „wer“ der andere eigentlich ist oder wozu er möglicherweise erpresst wurde.

Den zahlreichen und ziemlich offensichtlichen Menschenrechtsverletzungen konnten wir nicht systematisch nachgehen. Es gehörte auch nicht zu unseren Aufgaben, jedem Hinweis nachzugehen, und wir hatten dafür auch nicht das Personal. In Einzelfällen unternahmen wir allerdings eine ganze Menge, vor

allem immer dann, wenn wir der Meinung waren, über genügend begründete Verdachtsmomente zu verfügen, um die weitere Untersuchung eines Falles verlangen zu können. In unseren Berichten wurden diese Fälle auch häufig erwähnt. Einer davon führte sogar zu einer nichtöffentlichen diplomatischen Demarche, die jedoch nicht erfolgreich war.

Es gelang uns nicht, Zugang zu den inneren oder höheren Kreisen der Streitkräfte zu erhalten. So konnten wir z.B. niemals die Militärbasis Chankala in der Nähe von Grosny besuchen. Ich habe zwar mehrfach über verschiedene Vermittler darum ersucht, aber letztendlich ergebnislos.

Eigene Projekte

Da in Tschetschenien ein akuter Bedarf an humanitärer Hilfe bestand und auch der Aufbau demokratischer Institutionen dringend notwendig war, brachten wir eine Reihe eigener kleiner und mittelgroßer Projekte auf den Weg, die nun auf andere Akteure in der Region übertragen werden. Einige dieser Projekte waren bereits vor der Rückkehr der Unterstützungsgruppe aus dem Moskauer Exil begonnen worden. Unsere einheimischen Angestellten – exzellente Mitarbeiter, aber nun arbeitslos – haben uns versprochen, andere Organisationen für die Durchführung einiger unserer unterbrochenen Projekte ausfindig zu machen. Sollte der Leser einmal etwas von einer kleinen neuen lokalen NGO namens „Dowerije“ („Vertrauen“) hören: Sie gehört unseren ehemaligen Mitarbeitern vor Ort, die die Beendigung der halbfertigen Projekte zu ihrem persönlichen Anliegen gemacht haben.

Wer waren unsere internationalen Partner?

Seit der Schließung des Büros der OSZE-Unterstützungsgruppe gibt es auf tschetschenischem Boden keine durch internationale Mitarbeiter offiziell dort vertretene internationale Organisation mehr. Viele internationale Organisationen sind jedoch von anderen Stützpunkten aus dort tätig. Nachfolgend einige unserer wichtigsten Partner.

Bis zu Beginn dieses Jahres hielten sich zwei oder drei Experten des Sekretariats des Europarats zeitweise im Nachbarhaus des Gebäudes auf, in dem unser Büro in Snamenskoje bis zu seiner Schließung untergebracht war. Sie waren keine offiziellen Vertreter des Europarates, sondern arbeiteten als Experten im Büro des Sonderbeauftragten des Präsidenten der Russischen Föderation für die Wahrung der Menschenrechte und bürgerlichen Freiheiten in der Tschetschenischen Republik. Im Sommer 2002 wurde das Büro nach Grosny verlegt, ohne dass die Experten dort jedoch wohnten. Derzeit sind sie aus Sicherheitsgründen nach Straßburg versetzt. Nach ihrer eventuellen Rückkehr müssten sie in Zukunft dann entweder zwischen Snamenskoje und Grosny

pendeln oder nach Grosny ziehen, was unter Sicherheitsgesichtspunkten unter Umständen sehr schwierig sein wird.

Da der Parlamentarischen Versammlung des Europarates auch Abgeordnete der russischen Staatsduma angehören, hat der Europarat darüber hinaus eine wichtige Funktion als Ort für offizielle Kontakte. Seine Rolle bei der Entwicklung des Parlamentarismus in Russland kann daher nicht hoch genug eingeschätzt werden.

Die Vereinten Nationen sind in Russland massiv vertreten. Sowohl in Moskau als auch in Inguschetien (Nasran) und Nordossetien (Wladikawkas) halten sich Vertreter des UNHCR und des Büros für die Koordination Humanitärer Angelegenheiten (UNOCHA) auf. In enger Zusammenarbeit mit dem Dänischen Flüchtlingsrat in Nasran organisieren sie mit Hilfe einheimischer Mitarbeiter umfangreiche humanitäre Hilfe, auch in Tschetschenien selbst. Das IKRK arbeitet mit Büros in Moskau und Naltschik (Kabardino-Balkarien) nach demselben Organisationsschema.

Wer waren die einheimischen Partner und Weggefährten der Unterstützungsgruppe?

Von den einheimischen NGOs ist das Menschenrechtszentrum Memorial auch im Nordkaukasus das bei weitem wichtigste. Die Zentrale befindet sich in Moskau, Memorial ist jedoch in Tschetschenien und Inguschetien stark vertreten, wo ihre Büros ausschließlich von tschetschenischen Mitarbeitern betrieben werden. Ich gehöre zu denjenigen, die der Arbeit von Memorial großen Respekt entgegenbringen. Memorial ist die beste Quelle für kritische Informationen aus erster Hand über die Menschenrechtslage in der Region. Viele andere Menschenrechtsorganisationen und auch Medien geben oftmals lediglich Material wieder, das Memorial gesammelt hat, ohne selbst noch Wesentliches beizutragen; ihr Nutzen besteht dann lediglich darin, die Informationen zu verbreiten.

Aufgrund seines Charakters als nichtstaatliche Organisation verbreitet sogar Memorial jedoch gelegentlich Informationen, bei denen sachliche Fehler nicht auszuschließen sind. Auch wird verglichen mit dem, wofür die russische Seite verantwortlich gemacht wird, relativ wenig über die Aktivitäten der bewaffneten Separatisten berichtet. In einigen Fällen jedoch, in denen z.B. unsere Unterstützungsgruppe zufällig über eigene genaue und unabhängige Quellen verfügte, erwiesen sich die Informationen von Memorial stets als zuverlässig. Die wichtigste Botschaft Memorials ist, dass Rechtsstaatlichkeit und die Achtung der Menschenrechte in Tschetschenien nicht normal funktionieren. Diese Tatsache ist in den europäischen Hauptstädten weitestgehend bekannt, und auch die russischen Behörden in Moskau und Grosny bestreiten dies nicht. Leider scheint diese Tatsache die Weltöffentlichkeit – und auch die Regierungen – nicht mehr sonderlich zu berühren.

Unsere häufigen Besuche im Büro des zivilen Staatsanwalts in Grosny waren unbedingt erforderlich, um der Justiz zu demonstrieren, dass wir ihre Arbeit auch im Namen der Bevölkerung beobachteten. Diese Kontakte dienten jedoch ebenso der Unterstützung derjenigen Mitarbeiter des Büros, die unter ihren begrenzten Handlungsmöglichkeiten persönlich sehr litten. Vielleicht motivierten sie unsere wiederholten Besuche dazu, bestimmte Angelegenheiten weiter zu verfolgen.

Am 17. Februar 2000 wurde Wladimir A. Kalamanow zum ersten Sonderbeauftragten des Präsidenten der Russischen Föderation für die Wahrung der Menschenrechte und bürgerlichen Freiheiten in der Tschetschenischen Republik ernannt. Sein tschetschenisches Hauptbüro befand sich in Snamenskoje. Kurz bevor sein Nachfolger als Menschenrechtsbeauftragter, Abdul-Chakim Sultygow, am 12. Juli 2002 das Amt übernahm, wurde der Hauptsitz nach Grosny verlegt.

Wladimir Kalamanow war in den Jahren 2000 bis 2002 sehr aktiv. Mit Hilfe der Experten des Europarats baute sein Büro eine beachtliche Datenbank über verschiedene Menschenrechtsverletzungen in der Republik auf. Zur Jahreswende 2001/2002 führte Kalamanow regelmäßige Treffen zwischen Vertretern der Staatsorgane, darunter auch von Machtorganen wie den Streitkräften, den Truppen des Innenministeriums und denjenigen des russischen Geheimdienstes FSB, und von lokalen Menschenrechtsorganisationen wie Memorial und anderen ein. Mit aktiver Unterstützung der tschetschenischen Verwaltung versuchten sie, das häufig kritisierte Vorgehen zur Durchkämmung der Bevölkerung transparenter und weniger willkürlich zu machen. Nach wenigen Monaten, im Frühjahr 2002, verließen Memorial und die anderen lokalen NGOs diese Treffen jedoch wegen der angeblich passiven Haltung der Vertreter der Machtorgane wieder, denen sie vorwarfen, die Treffen nicht ernst zu nehmen.

In letzter Zeit scheint der Menschenrechtsbeauftragte seltener die Gelegenheit wahrzunehmen, im Namen der einheimischen Bevölkerung bei der russischen Regierung vorzusprechen. Er macht eher umgekehrt den Eindruck, als vertrete er Präsident Putin gegenüber den Tschetschenen. Dass die Institution des Menschenrechtsbeauftragten für die Bevölkerung als deren einziger Kanal mit direktem Zugang zum Kreml von größter Bedeutung ist, liegt auf der Hand. Es ist im Übrigen auch nicht einfach, ein solches Büro überhaupt zu betreiben. Viele der Einheimischen neigen dazu, es lediglich als verlängerten Arm der Verwaltung zu betrachten. Auf jeden Fall hat die Einrichtung des Menschenrechtsbeauftragten schon aus prinzipiellen Gründen die Unterstützung der internationalen Gemeinschaft verdient, allein damit sie weiterhin bei der russischen Regierung die Menschenrechtsbelange vor Ort in Erinnerung rufen kann. Sein Büro sollte automatisch Partner einer wie auch immer erneuerten Präsenz der OSZE in der Region sein.

Der Föderale Migrationsdienst, die auch für die Binnenvertriebenen zuständige Behörde der Russischen Föderation, war ursprünglich eine Abteilung

des russischen Nationalitätenministeriums. Er wurde seit 1999 von Wladimir Kalamanow bis zu dessen Ernennung zum Menschenrechtsbeauftragten des russischen Präsidenten für Tschetschenien geleitet. Das Nationalitätenministerium wurde Mitte Oktober 2001 aufgelöst und das Migrationsressort dem Innenministerium unterstellt. Diese Übernahme war jedoch problematisch, da das Innenministerium weder über die entsprechenden Finanzen verfügte noch Erfahrung mit der Versorgung von über hunderttausend Binnenvertriebenen mit Hilfsgütern hatte. Zum Direktor des Föderalen Migrationsdienstes wurde am 26. Februar 2002 Generaloberst Andrej Tschernenko ernannt. Er war gleichzeitig stellvertretender Innenminister. Insofern ist man geneigt, die Schlussfolgerung zu ziehen, die ausgesprochen komplizierte und kostspielige Vertriebenenverwaltung werde nunmehr – zumindest auf absehbare Zeit – mit geringerer humanitärer Expertise gehandhabt als zuvor. Noch bis Ende des Jahres 2002 war der Föderale Migrationsdienst in mancher Hinsicht wie gelähmt.

In der Praxis ist übrigens der Föderale Migrationsdienst für die Verwaltung der Binnenvertriebenen und ihre Versorgung zuständig, während Transport und Unterkunft (insbesondere die Zeltlager) in den Aufgabenbereich des Ministeriums für Katastrophenschutz fallen.

War das Referendum eine Lösung der Probleme? Was nun, OSZE?

Die Machtorgane („*silowye struktury*“, bestehend aus den Streitkräften des Verteidigungsministeriums, den Truppen des Innenministeriums und denen des FSB) scheinen noch immer davon überzeugt zu sein, dass es für die Probleme in Tschetschenien eine militärische Lösung gibt. Ich persönlich bin davon überzeugt, dass dies nicht der Fall ist. Früher oder später werden die Soldaten abziehen müssen. Das Problem Tschetschenien ist auch ein gewaltiges Problem für ganz Russland. Nicht nur, dass Grosny in Trümmern liegt und kein sicherer Ort zum Leben ist. In Tschetschenien sind 80.000 Soldaten stationiert. Überall in Tschetschenien, aber auch in Inguschetien und im übrigen Russland gibt es zahllose Binnenvertriebene. Und die Zeltlager und Notunterkünfte sind nur die Spitze des Eisbergs. Die Menschen wollen nicht in eine unsichere Umgebung zurückkehren. Sie halten sich mit ihren Familien auf, wo sie nur können, in vorübergehenden und improvisierten Unterkünften. In einigen Zeltlagern lag die Beteiligung am Referendum am 23. März 2003 nach Angaben der Tageszeitung *Kommersant* vom 25. März 2003 bei sage und schreibe 200 Prozent! Das kam daher, dass unerwartet Wähler aus dem „privaten Sektor“ im Lager auftauchten, die dort nicht registriert waren.

Die Spitze der tschetschenischen Verwaltung und viele Entscheidungsträger in Moskau sehen, dass die Lage schwierig ist. Sie verhalten sich jedoch oft wie ein Landarzt, der die Symptome behandelt, nicht aber die Krankheit heilt.

Darüber hinaus haben sie eigene Ambitionen und Interessen, die das Umfeld kurzfristig völlig irrational verzerren können. Wenn die Anwesenheit einer OSZE-Unterstützungsgruppe trotz ihrer eindeutig konstruktiven Absichten das Land stigmatisiert, muss sie es eben verlassen. Wenn Vertriebene dorthin zurückgeschickt werden, wo sie herkommen, zeugen sie mit ihrer Anwesenheit nicht mehr von anomalen Zuständen. Und wenn es ein offensichtliches Defizit an Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und normalen gesellschaftlichen Institutionen gibt, dann hält man eben Wahlen ab, und alles wird hübsch ordentlich und demokratisch!

Das Referendum vom 23. März 2003 wurde ganz offensichtlich nicht unter Einhaltung der Standards traditioneller europäischer Demokratie durchgeführt. Das wurde selbst von vielen russischen Kommentatoren nicht bestritten. Die Präsidentschaftswahlen im September 2003, die ebenfalls unter schlechten Sicherheitsbedingungen stattfanden, entsprachen noch weniger den Normen westlicher Demokratien. Diejenigen Herausforderer des späteren Wahlsiegers Achmad Kadyrow, die Aussicht auf Erfolg gehabt hätten, waren bereits im Vorfeld von den Wahlen ausgeschlossen worden.

Sowohl die OSZE als auch der Europarat sahen von einer eigentlichen Beobachtung des Referendums und der Präsidentschaftswahlen ab. Paradoxerweise hatte das Referendum aber auch eine positive und potenziell sogar wichtige Folgewirkung: Die Republik hat wieder gewählte staatliche Organe. Seit dem Untergang der Republik Itschkeria hatte es nämlich keine mehr gegeben, und es ist ziemlich illusorisch zu erwarten, dass das Regime Itschkeria zurückkehrt. Die neuen gewählten Organe, die sich nun herausbilden sollen, werden später vielleicht einmal zu normalen demokratischen Organen, wenn die künftigen Bedingungen es zulassen. Solche Organe werden für jeden allemal ein besserer und legitimerer Ansprechpartner sein als die von Moskau ernannten und bislang niemandem vor Ort rechenschaftspflichtigen Vertreter der tschetschenischen Verwaltung, die sie ersetzen sollen. Dies gilt sogar für den durch die – wenn auch umstrittene – Wahl bestätigten Präsidenten der Republik, der seine Ernennung vor den Wahlen ausschließlich einem Dekret des russischen Präsidenten zu verdanken hatte.

Die tschetschenische Verwaltung als solche war meistens ein recht brauchbarer täglicher Ansprechpartner für die Unterstützungsgruppe. Die nun entstehenden gewählten Organe werden hoffentlich für die OSZE und die internationale Gemeinschaft insgesamt als Partner für die Zusammenarbeit besser geeignet sein als die früheren Gremien, die nur dem Verwaltungschef Kadyrow und durch ihn dem russischen Staatspräsidenten persönlich Rechenschaft schuldeten. Das wichtigste ist jedoch, dass sie Probleme der inneren Sicherheit wahrscheinlich wesentlich besser lösen könnten als jedes föderale Organ, vorausgesetzt, sie werden vor Ort unterstützt und sind vor Ort rechenschaftspflichtig.

Solange die Regierung in Moskau das Tschetschenien-Problem nicht mit wesentlich mehr Verständnis, Vertrauen und materieller Hilfe für die Bevölke-

nung selbst angeht, wird die Situation kritisch bleiben. Würde man den Einheimischen gegenüber mehr Vertrauen zeigen, hätten diese bessere Möglichkeiten, sich um ihre Angelegenheiten selbst zu kümmern. Die Tschetschenen sind kriegsmüde. Niemand weiß, wie populär die bewaffneten Separatisten heute sind – nach den rücksichtslosen Terroranschlägen Ende 2002 und Anfang 2003 vielleicht weniger als je zuvor. Sie sind in viele kleine Gruppen mit jeweils unterschiedlichen Motiven zersplittert, angefangen bei „normalem“ nationalistisch inspiriertem Separatismus bis hin zu fanatischem Terrorismus – oder auch nur blanker krimineller Habgier.

Die russische Seite ist ebenfalls extrem heterogen, und auch dort verbergen sich kriminelle Elemente. Die Gesellschaft braucht ganz offensichtlich solch altmodische Werte wie Großzügigkeit, Vertrauen, Großmut und Respekt vor dem Nachbarn, dem Volk der Nochtschi, das so viel Leid erfahren hat.

Entgegen allen westlichen und russischen Vorurteilen spielt der traditionelle Islam in der Region eine positive Rolle bei der Milderung des Konflikts und der Förderung des inneren gesellschaftlichen Zusammenhalts in der Bevölkerung. Er ist eine Quelle der Mäßigung und moralischer Werte bei der Bekämpfung von Extremismus und Kriminalität. Ich bin der festen Überzeugung, dass für die OSZE die Zeit gekommen ist, ihren Kontakt mit dieser Glaubensrichtung, die ihre historischen Wurzeln auch in diesem Teil Europas hat, zu verbessern und zu verstärken. Dies ist gegenwärtig aber keine leichte Aufgabe. Allzu viele führen den tschetschenischen Terrorismus allein auf den Islam zurück, obwohl der seit Jahrhunderten schwelende Konflikt eigentlich nicht religiöser Natur ist.

Die OSZE-Unterstützungsgruppe existiert nicht mehr. Dennoch sollten die OSZE und die übrige internationale Gemeinschaft nichts unversucht lassen, neue Wege zu finden, dem über die Maßen leidgeprüften tschetschenischen Volk zu helfen.